

# Baruther Anzeiger

Beilage mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

erschient Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.  
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).  
Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Befehler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.  
Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die schlagzeilige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreifachspaltige Kettzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.  
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).  
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich geführte Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.  
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 82 Donnerstag, den 10. Juli 1930 1930

## Deutschlands Antwort auf den Paneuropa-Vorschlag.

Hofel. Wie der Berliner Korrespondent der „Wäzeler Nachrichten“ erzählt, liegt die deutsche Antwort auf das Paneuropa-Memorandum bereits fertig vor. Die Antwort, so ist es, schließt sich vollständig der französischen Ansicht an, die die Wirtschaft nicht abhängig von politischen Problemen allerwärts könne Europa wirklich nur dann befruchten, wenn die politische Befriedung durchgeführt sei. Dies nur zu erreichen:

1. durch völlige Gleichberechtigung für alle,
  2. durch gleiche Sicherungen für alle.
- Die deutsche Antwort erklärt ausdrücklich, daß die Prinzipien, die Deutschland für diese zwei Punkte anerkennt, bereits fast ausnahmslos erfüllt worden seien, daß sie an dieser Stelle nicht mehr wiederholt werden müßten. — Man geht nun zu den Wirtschaftsproblemen über und beschränkt sich auf die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz von 1927, die in allen Dingen eine Befestigung der Handelsverträge herbeiführen hat und Vorschläge für die fortschreitende Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs machte. Das wichtigste Problem sei die gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik. Ferner gehöre zu den internationalen Problemen auch die Landwirtschaft. — Man verlangt Deutschland, daß alle die außereuropäischen und europäischen Staaten, die sich zunächst nicht an der Paneuropa-Koalition beteiligten, notwendigerweise dazu herangezogen werden müßten.

Der Völkerbund dürfe unter keinen Umständen leiden. — Die deutsche Antwort erklärt ausdrücklich, daß die Prinzipien, die Deutschland für diese zwei Punkte anerkennt, bereits fast ausnahmslos erfüllt worden seien, daß sie an dieser Stelle nicht mehr wiederholt werden müßten. — Man geht nun zu den Wirtschaftsproblemen über und beschränkt sich auf die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz von 1927, die in allen Dingen eine Befestigung der Handelsverträge herbeiführen hat und Vorschläge für die fortschreitende Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs machte. Das wichtigste Problem sei die gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik. Ferner gehöre zu den internationalen Problemen auch die Landwirtschaft. — Man verlangt Deutschland, daß alle die außereuropäischen und europäischen Staaten, die sich zunächst nicht an der Paneuropa-Koalition beteiligten, notwendigerweise dazu herangezogen werden müßten.

Zum Schluß führt die deutsche Regierung aus, daß es notwendig sei, das ungeheure Material erst zu prüfen und nur zu lösen. Zu weiteren Maßnahmen sei keine Veranlassung gegeben.

## Der Außenminister zur Paneuropa-Denkschrift.

Berlin. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die deutsche Antwort auf die französische Denkschrift über die Organisation einer europäischen Bundesordnung behandelt. Reichsaussenminister Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung der Bedeutung und des Verlaufes der politischen Bestrebungen der Regierung, in denen die Aktion Briand's zuerst entstanden ist, und über die Stellungnahme Stresemann's zu den verschiedenen der Fragen. Der Minister betonte, daß die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 15. Juli in Paris überreicht werden würde.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Wallraf, erklärte am Schluß der Sitzung fest, daß sich die Mehrzahl der Mitglieder in der Aussprache gemachten Vorbehalten (also den Vorzügen der Wirtschaftsforderungen) für die positive Mitarbeit in Bezug des französischen Memorandums ausgesprochen hätten.

## Neue Unruhen in Trier.

Trier. Unter Anführung eines Mannes, der auf die Ermordung eines ehemaligen Sonderbündlers hin von dem französischen Besatzungsgericht zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und diese Strafe verbüßt hat, wurde das Haus dieses Sonderbündlers gekümdet und die Einrichtung zerstört. Nach Mitternacht sammelte sich eine nach anderen zählende Menschenmenge in der Augemburger Straße. Als die Polizei erschien, nahmen die Leute eine feindselige Haltung gegen die Beamten ein. Mäßig fielen sie dem Hause eines Sonderbündlers, der mehrere Schüsse, die das Signal zu einem Sturm auf das Haus waren. Die Menge drang in die Wirtschaft ein und schlug alles kurz und klein.

Bar a. d. Maße. Der als Separatist bekannte Händler von Lauch aus Kaiserslautern wollte auf dem Barer Markt einen Stand aufschlagen. Die Volksmenge nahm eine drohende Haltung gegen den Händler ein und ließ ihm keine sonderbündlerische Tätigkeit vor. Knoblauch war vor, sofort mit seinen Waren zu verschwinden.

## Die Antwort des Reichsaussenministers an den französischen Vorkämpfer.

Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, trifft es zu, daß am Montagmorgen der französische Vorkämpfer bei dem deutschen Außenminister die Zwischenfälle im Rheinland in Sprache gebracht und dabei auf die Unmisseterlichkeiten hingewiesen hat. Der deutsche Außenminister hat die Gemütsarten verurteilt, dabei aber darauf hingewiesen, daß sich der Umfang der Ausbreitungen psychologisch aus dem erneuten Anbruch der Weidenschaffen über das hoobersteigende Schreiben der Separatisten erklärt. Der Reichsaussenminister hat dann des weiteren dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Maßnahmen ergreifen haben.

## Annahme des Offhilfegesetzes im Ausschuss.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurden am Dienstag das Offhilfegesetz und das Gesetz über die deutsche Währungsbank angenommen.

Beim Offhilfegesetz wurde einer Entschließung zugestimmt, durch die Reich, Länder und Provinzen dafür Sorge tragen sollen, daß für die nachgebornen Bauernsöhne der Erwerb von Siedlerstellen sichergestellt werden soll, und zwar durch Einbeziehung der elterlichen Wirtschaft bei der Gewährung von Umschuldungskrediten für diesen Zweck, wie es das Offhilfegesetz vorsieht. Eine andere Entschließung ersucht die Reichsregierung, in dem angelegten Gesetzentwurf über die Veränderung des Aufbringungs-gesetzes vom August 1924 Bestimmungen zu treffen, nach denen Unternehmungen, die ganz oder zum größten Teil innerhalb des einem wirtschaftlichen Notstand unterworfenen östlichen Grenzgebietes liegen, mit Wirkung vom 1. Juli 1930 ab von der Aufbringungs-gesetz befreit werden, soweit diese nicht aus dem steuerpflichtigen Gewinn unter Abzug einer fünfprozentigen Verzinsung des Betriebsvermögens gezahlt werden kann.

Eine Entschließung Bergt fordert den Ausbau der Ober zur vollwertigen Schiffahrtsstraße zu beschleunigen.

## Ein weißer Rabe.

Die Reichspost ist mit dem Jahresabschluss zufrieden.

Im Verwaltungsrat der Reichspost berichtete der Verwaltungsrat die deutsche Antwort auf das Jahresausweis. Das finanzielle Gesamtergebnis für 1929 sei im allgemeinen befriedigend. Post-, Fernsprech- und Telegraphenleistungen seien zurückgegangen, der Postverkehr habe eine Mehrernte von 3 Millionen Mark gebracht. Das Endergebnis sei ein Gewinn von 22,7 Millionen Mark.

Davon habe das Reich 15,2 Millionen erhalten. Dem Vermögen wurden 71,2 Millionen zugewiesen. Die Jahresabrechnung wurde darauf genehmigt. — Er erklärte weiter, daß die Aufrechterhaltung des Personals nicht hätten erfüllt werden können. Auf Grund des § 40 des Reichsbahngesetzes, der den Wegfall jeder dritten freien Stelle vorschreibt, seien 2054 planmäßige Beamtenstellen fortgefallen. Außerdem seien 1683 Stellen in Folge einer mehrjährigen Umwandlung abgebaut worden. — In der Debatte erklärte Kugler, die Personalvertretung bitte den Minister, bei Besserung der Verhältnisse, den Wünschen des Personals nachzukommen.

## Wer ist eigentlich Herr im Hause?

Frankfurt/Main. Für das Konzertieren von Reichswachtapellen im entmilitarisierten Gebiet ist bestimmt worden, daß vor dem Konzert von Reichswachtapellen die Genehmigung der Vorkämpferkonferenz in Paris eingeholt werden muß.

Man muß gespannt sein, welche Rechte sich die Militärten nach Räumung des Rheinlandes noch vorbehalten haben.

## Vor Aufhebung des Stahlhelm-Verbots.

Seit einiger Zeit finden zwischen der Reichsregierung und der Preussischen Regierung Verhandlungen über die Aufhebung des von der Preussischen Regierung verfügten Verbots des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen statt. Diese Verhandlungen sollen noch möglichst bis zum Beginn der offiziellen Rheinlandreisen zum Abschluß gebracht werden. Nach der Auffassung maßgebender politischer Kreise des Westens rechnet man damit, daß das Verbot des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen in den aller nächsten Tagen aufgehoben wird.

## 29500 Mark Pension für Moldenhauer?

Ueber die Pensionsansprüche des kürzlich zurückgetretenen Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer werden von der Berliner Morgenpost Mitteilungen verbreitet, über die bisher amtlich keine Auskunft gegeben wird. Es heißt da, daß Dr. Moldenhauer eine Pension von 29500 Mark beanprucht habe und noch von der Bestimmung des neuen Ministerpensionsgesetzes Gebrauch gemacht habe, die das alte Berechnungsverfahren für diejenigen Minister nach freier Wahl vorsieht, die beim Tode des Ministerpensionsgesetzes im Amte waren. Seine Dienstzeit als Professor der Universität Köln wäre aus das pensionsfähige Dienstalter anzurechnen.

Im Zusammenhang damit scheint ein Antrag zu stehen, dem dem Reichsrat für seine nächste Sitzung vorliegt, und in dem die Anrechnung einer längeren als der rubegehaltensfähigen Dienstzeit für den früheren Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gefordert wird.

## Die Finanzaussprache des Reichstages.

194. Sitzung, Dienstag, 8. Juli.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums äußerte sich in der Reichstagsausprache am Dienstag Abg. von Sybel (Chr.-Nat. Bayern) dahin, seine Partei habe keine Neigung, aus agitatorischen Gründen den Boden der sachlichen Politik bei der Beurteilung der Finanz- und Steuerpolitik zu verlassen. Eine Kampfanlage gegen den Finanzminister habe ihm bei seinen letzten kritischen Ausführungen im Reichstag völlig ferngelegen. Statt Reichshilfe solle man lieber zu einem Gehalts- und Lohnabbau streiten. Der Redner wandte sich gegen ein Suncti in zwischen den Steuererlassen und dem Offprogramm. Dr. Cremer (D. Sp.) erklärte, die Offhilfe müsse im engen Zusammenhang mit den Dedungs-vorlagen behandelt werden. Eine übersichtlichere Befassung der Finanzverwaltung sei nötig, wenn man wesentliche Ersparrnisse erzielen wolle. Leber seien die Anträge der Deutschen Volkspartei auf Selbstbeschränkung des Parlaments in der Finanzgebung abgelehnt worden.

Man könne die Steuern nicht ins Ungemessene erhöhen. Die Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit dem Haushalt sei zu lösen. Bei der Reichshilfe wolle man Steuern herabsetzen, wo sich der schwächste Widerstand zeige. Mit der Bürgerabgabe könne man nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern auch die allgemeinen Finanzen sanieren. Die Lebzehnteuer sei nur tragbar, wenn sie differenziert sei. Der Vorschlag zur Einkommensteuer widerspreche dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Befreiung einer Steuererleichterung zum Zwecke der Kapitalbildung. Die Deutsche Volkspartei übe dem Dedungsprogramm gegenüber starke Zurückhaltung.

Abg. Kollhoff (D. Sp.) verlangte einen Abbau der Gese, um so zu Staatsträgern zu gelangen.

## In die Gemeinden müsse Sparmaßnahme einziehen.

Deshalb müsse die Kopfsteuer mit der Realsteuer verbunden werden. Ein Pensionserleichterungsgesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Nur wenn ein Abbau der Beamtengehälter, der Röhne und Preise erfolge, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Zur endgültigen Sanierung gehöre die Arbeitslosenpflicht, die Besteuerung der öffentlichen Betriebe, der Umbau der Verwaltung und der Umbau der Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Bei den Sozialdemokraten herrschte starke Unruhe, als der Redner zum Schluß auf die Befreiungen der Volksbeauftragten 1918 hinwies, die Arbeit, Brot und Befreiung der ungeschuldeten Steuern versprochen hätten. Heute hätten wir 3 Millionen Arbeitslose und eine durchaus ungerechte Steuererleichterung.

Dr. Reinhold (Dem.) kritisierte für die demokratische Fraktion die Ausführungen des Reichsfinanzministers. Dr. Reinhold bemängelte, daß letzterer kein Sanierungsprogramm auf längere Sicht vorgetragen habe. Er forderte sofortige Wirtschaft- und Finanzreform. Mit der Preisentlastung müsse die Vohsentung Hand in Hand gehen; sie dürfe nicht gegen, sondern sie müsse mit den gewerkschaftlichen Organisationen durchgeführt werden. Dann werde auch die Beamtengehälter bereit sein, Opfer zu bringen. Am der Kapitalmarkt entgegenzuwirken, sollte man in allen Steuererleichterungen eine ethische Verpflichtung verlangen, wo und wie viel Kapital im Ausland angelegt sei. Dr. Reinhold verlangte, daß die

## Tagung des Reichstages unter Umständen bis in den Herbst hinein verlagert

werden müsse, um ohne Verzögerung die endgültige Finanzreform durchzuführen. Für die Gemeinden sei die Einführung der Verzehrsteuer oder der Bürgerabgabe nötig, damit sie die Möglichkeit hätten, ihre Finanzen zu sanieren. Gleichzeitig müßten die Realsteuern auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt werden. Den Dedungsgelegenheit siehe die demokratische Fraktion kühl gegenüber. Es sei sehr zu bedauern, daß die Regierung nicht ein umfassendes Reformprogramm vorgelegt habe.

Abg. Feine (Soz.) behauptete, daß der von dem Abgeordneten Colloffer verlesene Aufruf der Volksbeauftragten eine Fälschung sei. Dann wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 3 Uhr, verlagert.

## Ein großes preussisches Sparprogramm.

Vorlage erst im Herbst.

Die Preussische Staatsregierung bereitet ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Staatsrat und dem Landtag als Gesetz vorgelegt werden soll. Die Maßnahme geht zurück auf den vom Preussischen Landtag angenommenen Antrag, der verstärkte Sparmaßnahmen forderte.

## Französische Grubenverwaltung verschuldet schweren Bergwerksunfall.

Saarbrücken. Die Aufsichtslosigkeit der französischen Grubenverwaltung, die auf der Grube Mary in Maybach trotz des Verbotes des Bergmeisters Personalförderung zuließ, hat zu einem schweren Unfall geführt. Ein zutage gehender Förderkorb ritz 24 Eisenstübe heraus, die herabfielen und das Dach des Korbes durchschlugen. Ein Arbeiter, der sich mit zwei anderen im Förderkorb befand, wurde von einem Eisenstück so unglücklich getroffen, daß ihm der Schädel zertrümmert wurde und er auf der Stelle tot war. Ein zweiter Arbeiter erlitt erhebliche Verletzungen.